

Stand: 19.05.2024 12:24:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/16762

"Bayern unterstützt Novellierung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/16762 vom 16.05.2013
2. Plenarprotokoll Nr. 126 vom 16.05.2013
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/17700 des HO vom 05.06.2013
4. Beschluss des Plenums 16/17954 vom 16.07.2013
5. Plenarprotokoll Nr. 131 vom 16.07.2013

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Karsten Klein, Dr. Annette Bulfon, Tobias Thalhammer, Renate Will** und **Fraktion (FDP)**,

Christa Stewens, Karl Freller, Oliver Jörg, Bernd Kränzle, Petra Dettenhöfer, Dr. Thomas Goppel, Walter Nadler, Roland Richter, Walter Taubeneder und **Fraktion (CSU)**

Bayern unterstützt Novellierung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Absicht der Bundesregierung, sich mit den Ländern über eine Anpassung des BAföG an die heutigen Realitäten einigen zu wollen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Beschleunigung der bereits eingeleiteten und von Bayern von Beginn an unterstützten Verhandlungen mit den Ländern über das geplante BAföG-Änderungsgesetz einzusetzen.

Im Zusammenhang mit einer Erhöhung der BAföG-Sätze und -Freibeträge werden auch bereits in der Prüfung befindliche strukturelle Änderungen für wünschenswert erachtet, u.a.:

1. Um Förderungslücken der gestuften Studienstruktur zu schließen, soll
 - das förderungsrechtlich maßgebliche Ausbildungsende neu bestimmt werden,
 - die Förderungshöchstdauer (außer Master) um ein „Karenzsemester“ erhöht werden.
2. Einführung einer Teilzeitausbildungsförderung für bis zu maximal 6 Jahre für Auszubildende mit Kindern unter 6 Jahren.
3. Um lebensbegleitendes Lernen noch stärker zu fördern, sollte die (allgemeine) Altersgrenze von bislang 30 Jahren angehoben werden.
4. Weitere Vereinfachung des Verwaltungsvollzugs auf Basis der vom Hochschulausschuss der KMK erarbeiteten Vorschläge.

Begründung:

Wir begrüßen die mit dem 23. Änderungsgesetz erfolgte Anhebung der BAföG-Sätze.

Bayern hat die Bemühungen um die nächste Novellierung des BAföG von Anfang an unterstützt.

Nicht zuletzt durch die Öffnung der Hochschulen im Rahmen der Novellierung des Bayerischen Hochschulgesetzes im Jahr 2009 wird die Studierendenschaft in den kommenden Jahren deutlich heterogener werden. Um das lebenslange Lernen auch in der Ausbildungsförderung zu berücksichtigen, sollte die Altersgrenze in § 30 Abs. 3 Satz 1 BAföG angehoben werden.

In einem ersten Schritt wurde die Altersgrenze für den KfW-Studienkredit zum Sommersemester 2013 auf 44 Jahre erhöht.

pacher, Noichl, Arnold und anderer und Fraktion (SPD), Drucksache 16/16740, "Bunte Vielfalt beim Saatgut bewahren: Traditionelle Sorten erhalten und fördern, statt genormte Einfalt zu verordnen!". Mit Ja haben 54 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 76. Stimmenthaltungen: Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Beim Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Stewens, Sem, Brendel-Fischer und Fraktion (CSU) sowie der Abgeordneten Thalhammer, Dechant, Dr. Fischer und Fraktion (FDP), Drucksache 16/16760, "Saatgut – Vielfalt erhalten", haben mit Ja 128 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Gegenstimmen und keine Enthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag einstimmig angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Ich gebe nun noch bekannt, dass die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/16742 mit 16/16744 und der Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 16/16762 in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen werden. Außerdem verschiebe ich die Tagesordnungspunkte 15 b und 16 auf die nächste Sitzung. Damit ist die Tagesordnung heute erledigt. Ich schliesse die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 18.28 Uhr)

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Karsten Klein,
Dr. Annette Bulfon, Tobias Thalhammer u.a. und Fraktion (FDP),
Christa Stewens, Karl Freller, Oliver Jörg u.a. und Fraktion (CSU)**
Drs. 16/16762

Bayern unterstützt Novellierung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes

I. Beschlussempfehlung:

Z u s t i m m u n g

Berichterstatlerin: **Dr. Annette Bulfon**
Mitberichterstatlerin: **Ulrike Gote**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 84. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Oliver Jörg
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Karsten Klein, Dr. Annette Bulfon, Tobias Thalhammer, Renate Will** und **Fraktion (FDP)**,

Christa Stewens, Karl Freller, Oliver Jörg, Bernd Kränzle, Petra Dettenhöfer, Dr. Thomas Goppel, Walter Nadler, Roland Richter, Walter Taubeneder und **Fraktion (CSU)**

Drs. 16/16762, 16/17700

Bayern unterstützt Novellierung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes

Der Landtag begrüßt die Absicht der Bundesregierung, sich mit den Ländern über eine Anpassung des BAföG an die heutigen Realitäten einigen zu wollen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Beschleunigung der bereits eingeleiteten und von Bayern von Beginn an unterstützten Verhandlungen mit den Ländern über das geplante BAföG-Änderungsgesetz einzusetzen.

Im Zusammenhang mit einer Erhöhung der BAföG-Sätze und -Freibeträge werden auch bereits in der Prüfung befindliche strukturelle Änderungen für wünschenswert erachtet, u.a.:

1. Um Förderungslücken der gestuften Studienstruktur zu schließen, soll
 - das förderungsrechtlich maßgebliche Ausbildungsende neu bestimmt werden,
 - die Förderungshöchstdauer (außer Master) um ein „Karenzsemester“ erhöht werden.
2. Einführung einer Teilzeitausbildungsförderung für bis zu maximal 6 Jahre für Auszubildende mit Kindern unter 6 Jahren.
3. Um lebensbegleitendes Lernen noch stärker zu fördern, sollte die (allgemeine) Altersgrenze von bislang 30 Jahren angehoben werden.
4. Weitere Vereinfachung des Verwaltungsvollzugs auf Basis der vom Hochschulausschuss der KMK erarbeiteten Vorschläge.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Listennummern 161, 162 und 218, die einzeln beraten werden sollen. Die Listennummer 161 soll zusammen mit Tagesordnungspunkt 29, die Listennummer 162 zusammen mit den Tagesordnungspunkten 12 bis 16 einzeln beraten werden. Über die Listennummern 220, 229 und 240 muss einzeln abgestimmt werden. Die Einzelabstimmung über die Listennummer 240 soll in namentlicher Form erfolgen.

Zunächst lasse ich über die Listennummer 220 abstimmen. Das ist der Antrag der Abgeordneten Rinderspacher, Aures, Halbleib und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Einrichtung des Studiengangs ‚Bachelor of Laws‘ am Standort Hof der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern (BayFHVR)", Drucksache 16/17552. Der federführende Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes empfiehlt auf Drucksache 16/17734 die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Zwei. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Listennummer 229. Das ist der Antrag der Abgeordneten Heckner, Jörg, König und anderer (CSU) betreffend "Bachelor of Laws am Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (BayFHVR) in Hof", Drucksache 16/17686. Der federführende Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes empfiehlt auf Drucksache 16/17735 die unveränderte Annahme. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der FREI-

EN WÄHLER und der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dem Antrag zugestimmt worden.

Nun lasse ich über die Listennummer 240 abstimmen. Das ist der Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Muthmann und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Kreisel für Waldkirchen, Kreisverkehr an der St 2131 und St 2632 in Waldkirchen endlich realisieren", Drucksache 16/16540. Darüber lasse ich in namentlicher Form abstimmen.

(Unruhe)

Ich bitte um Ruhe, damit ich Ihnen vortragen kann, worüber Sie abstimmen sollen. Während der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie vorschlägt, den Antrag abzulehnen, empfiehlt der mitberatende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung in einer Neufassung. Ich verweise insofern auf die Drucksache 16/17639. Der namentlichen Abstimmung ist nach § 126 Absatz 3 der Geschäftsordnung das abweichende Votum des Haushaltsausschusses zugrunde zu legen. Die Urnen sind bereitgestellt, mit der Abstimmung kann begonnen werden. Es stehen Ihnen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 14.30 bis 14.35 Uhr)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist abgelaufen, der Abstimmungsvorgang ist geschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und Ihnen dann bekannt gegeben.

(Allgemeine Unruhe)

Wir werden heute Abend noch genügend Gelegenheit zum Austausch haben. Bitte setzen Sie sich. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Listennummern verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1 - Allgemeine Unruhe)

Ich bitte wieder um Aufmerksamkeit, Sie müssen wieder die Hände heben. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens beziehungsweise dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Sehe ich auch nicht. Frau Pauli (fraktionslos) ist wohl nicht da. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren und zu Tagesordnungspunkt 4 kommen, gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Antrag auf Drucksache 16/16540 bekannt. Es ist der Antrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Kreisel für Waldkirchen, Kreisverkehr an der St 2131 und St 2632 in Waldkirchen endlich realisieren". Wenn Sie sich erinnern, ist das die Listennummer 240 der Anlage zur Tagesordnung. Mit Ja haben 72 Mitglieder des Hohen Hauses gestimmt, mit Nein 87. Es gab 4 Stimmenthaltungen. Der Antrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

